

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 6. November 2014

Gesch. Nr. 005/14

28.03.23 Liegenschaften, Grundstück; Geschäftshäuser

Energetische Sanierung und Erneuerung der Heizung und Lüftung beim Gasthof Rössli, Illnau / Antrag des Stadtrates zur Projekt- bzw. Kreditgenehmigung / Rückweisung / Substantielles Protokoll

[...]

2. GESCHÄFT-NR. 005/14

Antrag des Stadtrates betreffend energetische Sanierung und Erneuerung der Heizung und Lüftung beim Gasthof Rössli, Illnau / Projekt- bzw. Kreditgenehmigung

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat mittels Auszug aus dessen Protokoll vom 10. Juli 2014 folgenden Antrag:

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für die Erneuerung der Heizung (Variante Fernwärme) und Lüftung im Gasthof Rössli, Illnau, wird ein Kredit von Fr. 1'050'000.- (inkl. MwSt.) zulasten der Investitionsrechnung, Konto 420.5031.31, bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Stadtrat
 - b. Abteilung Hochbau
 - c. Abteilung Präsidiales, dreifach

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.

VERZICHT AUF EINE EINTRETENSDEBATTE

Laut Art. 32 GeschO GGR ist bei umfangreichen Geschäften oder solchen, die mehrere Anträge in sich schliessen, zuerst eine Eintretensdebatte zu führen. Die Rechnungsprüfungskommission hat im Vorfeld einen einstimmigen Rückweisungsantrag formuliert. Die Durchführung einer Eintretensdebatte erscheint daher eher weniger sinnvoll, da sich die Diskussion schwerpunktmässig ohnehin um die Rückweisung drehen wird.

Die Ratpräsidentin fragt den Rat an, ob gegen das gewählte Vorgehen Einwände erhoben werden.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 6. November 2014

Dies zeigt sich nicht an – die Eintretensdebatte entfällt somit.

ABSCHIED DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION (RPK)

Die Vorbereitung dieses Geschäftes fand in der Rechnungsprüfungskommission RPK statt. Mit Schreiben vom 20. Oktober 2014 unterbreitet die RPK dem Gesamtrat einen einstimmigen Antrag zur Rückweisung des stadträtlichen Antrages. Der detaillierte Wortlaut und den mit der Rückweisung verbundenen Auftrag ergibt sich aus dem separaten Kommissionsabschied.

Das Geschäft wird durch das *Gemeinderats- und Kommissionsmitglied René Truninger, SVP*, vertreten. Er stützt sich dabei auf den im schriftlichen Abschied festgehaltenen Kernaussagen, weshalb an dieser Stelle keine neuen Erkenntnisse festgehalten werden können.

Das Wort steht weiteren Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission offen. Es meldet sich Kommissionspräsident Michael Käppeli, FDP.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, dankt seines Zeichens als Präsident der Rechnungsprüfungskommission den Referenten Stefan Hafen, SP, und René Truninger SVP, für die geleistete Arbeit.

Wie bereits erwähnt, habe der Stadtrat in seinen Darlegungen insbesondere im Vergleich zwischen den Heizungsoptionen Fernwärme und Holzpellet einige Abklärungen und Fragen offen lassen.

Gemäss der Zustandsanalyse „Haustechnik“, welche im Mai 2012 erhoben wurde, beläuft sich bei einem Fernwärmeanschluss das Investitionskostenverhältnis pro kW-Leistung auf ca. Fr. 1'400.-/kW (abhängig von der Vertragsart). Bei einer Holzpelletanlage würde sich das Investitionskostenverhältnis pro kW-Leistung auf ca. Fr. 800.-/kW belaufen. Das wäre deutlich günstiger.

Die Studie zur „Energieerzeugung Rössli“ vom 3. Februar 2014 schliesse mit der Empfehlung, wonach in Verbindung zwischen ökonomischer und ökologischer Sicht die Wahl auf eine Holzpelletanlage fallen sollte. Entgegen diesem Studienergebnis forciere der Stadtrat die Fernwärmelösung.

Folge man der auf Seite 6 der stadträtlichen Weisung abgebildeten Kostenaufstellung so stelle die Rechnungsprüfungskommission fest, dass die Fernwärmelösung die höchsten laufenden Kosten pro Jahr auslöse (Fr. 40'000.- im Vergleich zu Fr. 30'000.- bei der Holzpelletvariante).

Gemäss technischem Bericht befinden sich die Lüftungsanlagen in einem zufriedenstellenden Zustand. Der Stadtrat sehe in seinem Antrag vor, sie nun für Fr. 850'000.- komplett zu erneuern. Dies scheint offenbar eine Bedingung für den EKZ-Fernwärmeanschluss darzustellen.

Der Antragschrift des Stadtrates sei zu entnehmen, dass die Dachisolation mangelhaft und das Dach darum zu sanieren sei. Gegenüber der Rechnungsprüfungskommission liess der Stadtrat Ressort Hochbau neuer-

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 6. November 2014

dings verlaublichen, wonach das Dach besser isoliert sei als bisher angenommen. Die vorgesehene Dachsanierung bringe energetisch kaum etwas und lohne sich ökonomisch nicht.

Obwohl die zur Verfügung gestellten Unterlagen verschiedene Informationen enthalten, die deutlich für Alternativen sprechen, vertiefte der Stadtrat einzig den Fernwärmeanschluss mit kompletter Lüftungssanierung. Ein Jeder würde in seinen privaten Angelegenheiten einem solchen Vertragsabschluss mit einer Laufzeit von über 30 Jahren und unter solch unvorteilhaften Umständen kaum Grünes Licht geben – notabene eine Lösung, die unter Umständen sehr teuer zu Buche schlagen wird.

Den Tageszeitungen war zu entnehmen, wonach der Stadtrat die Untersuchungen der Rechnungsprüfungskommission als Breitseite empfinde. Das sei weder der Kommission Botschaft noch Absicht. Allein finanzpolitische Erwägungen liessen das Gremium einstimmig für eine Rückweisung des Antrages plädieren. Auch sehe die Rechnungsprüfungskommission keine Veranlassung, einen überstürzten Entscheid herbeizuführen. Die vorberatende Kommission wünscht vielmehr die Alternative „Holzpellet“ abgeklärt zu haben. Ferner möchte sie dem Stadtrat die Chance geben, Nachverhandlungen mit den EKZ als potenzielle Contracting-Partnerin zu führen. Mit einer Rückweisung stärke die Rechnungsprüfungskommission dem Stadtrat den Rücken, mit den EKZ wenigstens besser Vertragskonditionen auszuhandeln.

Ratspräsidentin Brigitte Rössli, SP, mahnt den Redner zur Einhaltung der in Art. 35 Abs. 2 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung festgelegten Redezeit von fünf Minuten, worauf dieser sein Votum mit den letzten Sätzen schliesst.

Gemeinderat Käppeli, FDP, dankt insbesondere dem Pächterpaar Vreni und René Kaufmann und deren Team für ihr beeindruckendes Engagement. Ein Aufenthalt im Rössli Illnau komme stets einem gastronomischen Genuss gleich und die dargebotene Gastfreundschaft sei an dieser Stelle speziell gewürdigt und verdankt.

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, lobt die Eigenschaften der Beheizung durch einen Fernwärmeanschluss. Es würde daher Sinn machen, die Nutzung dieser vorteilhaften Beheizungsvariante auch der Liegenschaft Rössli zu erschliessen. Das Problem bestehe aber in der Tatsache, wonach die fragliche Liegenschaft eine Anschlussleistung von 200 kW notwendig habe, die Fernwärmeanbieterin aber nur 150 kW zur Verfügung stellen will. Zurückzuführen sei dies mutmasslich wohl auf einen Planungsfehler auf deren Seite. Mit 150 kW Leistung seien die Spitzen bei kalten Tagen noch nicht abgedeckt.

Diesem Problem liesse sich mit zwei Lösungen begegnen. Einerseits mit der Installation einer Zusatzheizung für die Spizentage oder andererseits mit einer umfangreichen Lüftungssanierung. Laut Fernwärmevertrag sei es aber untersagt, den kostengünstigen Einsatz einer zusätzlichen Heizung vorzusehen. Dies bedeute gleichzeitig, dass in den kommenden 30 Jahren der Gebäudekomplex für die nächste Generation nicht erweitert werden könne, da der erforderliche Energiebedarf nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

Wollen die EKZ im Geschäft verbleiben, so haben sie eine höhere Leistung von beispielsweise 200 kW anzubieten. Wie die EKZ ihr Angebot verbessern wolle, bleibe dem Unternehmen selbst überlassen.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, stellt zu Beginn seines Votums klar, dass die gegenwärtigen Pachtnehmer des Restaurants Rössli durch diese Diskussionen in keinster Weise tangiert werden sollen. Er zollt deren Arbeit höchsten Respekt, schliesslich erwirtschaften Vreni und Ruedi Kaufmann einen namhaften Pachtzins. Als

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 6. November 2014

früheres Mitglied der parlamentarischen Rechnungsprüfungs- und als jetziges Mitglied der Geschäftsprüfungskommission sei Gehri bestens mit der Thematik, die sich seit Jahren um das Gasthaus rankt, vertraut. So tituliert Gehri die Liegenschaft auch gerne mitunter als Fass – denn, diesem Fass fehle bekanntlich der Boden, betrachte man vor allem die Investitionen, welche die Stadt immer wieder tätigt.

Bereits die ehemaligen Gemeinderäte Thomas Vogel und Dominique Müller erkundigten sich seinerzeit via eines parlamentarischen Vorstosses, inwiefern die Betreibung eines Restaurants zur Wahrnehmung von kommunalen - und damit städtischen - Aufgaben gehört.

In Beantwortung solcher Fragen lieferte der Stadtrat jeweils Argumente, die insbesondere auch die Investitionen grosser Beträge mit der Vornahme von gebundenen Ausgaben begründet.

Besonders ins Auge sticht die damalige Renovation der Hotelzimmer – mitunter wurden damals Argumente ins Feld geführt, wonach sich die Auslastung aufgrund des veralteten Ausbaustandards nicht mit den Erwartungen deckte und man davon ausging, sie mit einer Komfortsteigerung positiv beeinflussen zu können. Es stelle sich die berechnete Frage, wie es denn heute um den Auslastungsgrad bestellt sei.

Bislang fühlte sich Hans-Jürg Gehri als einsamer Rufer in der weiten Wüste. Nun endlich habe dieser Ruf auch die Rechnungsprüfungskommission - unter neuer Führung von Michael Käppeli, FDP - ereilt. Dessen hervorragender Moderationsfähigkeit sei es zu verdanken, dass das Gremium sich eine und aus aktuellem Anlass zum vorliegenden Geschäft einen einstimmigen Rückweisungsantrag formuliert. Unter diesen Voraussetzungen prognostiziert Gehri auch einen geebneten Weg für die anstehende Budgetdebatte.

Aus dem Rat zeigt sich einstweilen kein weiterer Redebedarf, sodass Ratspräsidentin Rööfli dem Stadtrat das Wort erteilt. Es spricht Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, zuständig für das Ressort Hochbau.

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, nimmt das kolportierte Bildnis der „Breitseite“ nochmals auf. Dieses rühre aus der Historie; zur Zeit als Seefahrtskriege geführt wurden, sprach man von einer Breitseite, wenn das gegnerische Schiff frontal (bzw. querstehend) attackiert und auf der ganzen Längsseite – also auf der ganzen Breite – befeuert und beschossen wurde; diese Ausführungen seien an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber angemerkt.

Die Verlautbarungen des Stadtrates seien nicht in dieser Art und Weise erfolgt, wie sie in den Medien dargelegt wurden. Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, attestiert der Rechnungsprüfungskommission eine konziliante Geschäftsführung.

Bevor Reinhard Fürst näher auf Details eingehen will, gibt er dem versammelten Plenum zu bedenken, wonach es zum Wesen des Parlamentes gehöre, einander zuzuhören, sich ein Herz zu fassen und dann zu entscheiden. Ansonsten könne man das Parlament auch abschaffen und fortan auf dem schriftlichen Weg korrespondieren.

Im Nachgang erläutert Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, anhand einer visuellen Projektion nochmals die zu Grunde liegende Thematik. Die visuelle Projektion findet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Das bereits mehrfach erwähnte Gutachten vom 22. Mai 2012 sowie ein ergänzender technischer Bericht vom 3. Februar 2014 bildeten Grundlage für den stadträtlichen Antrag und dessen Sichtweise.

Die bestehende Heizungsanlage ist mit einer Betriebsdauer von 20 Jahren am Ende ihrer Lebensdauer angelangt; wo nötig, wurde sie notdürftig repariert (Schweissarbeiten am Heizkessel).

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 6. November 2014

Ebenso ersatzbedürftig ist die Lüftungsanlage für den grossen wie auch den kleinen Saal. Auch hier steht das Lebensende nach 33-jährigem Einsatz unmittelbar bevor. Die gegenwärtige technische Installation vermag 7'200 m³ Luft pro Stunde umzuwälzen; heutzutage ist für Räume dieser Dimensionen eine Kapazität von 16'000 m³ pro Stunde erforderlich. Die Vorrichtungen entsprechen nicht mehr den aktuell gültigen Vorschriften, so kann auch die Lufttemperatur im Saal nicht mehr genügend effizient geregelt werden.

Eine Nachrüstung mit Option der Wärmerückgewinnung würde den Luftdurchlass zusätzlich reduzieren, während die Bestückung der bestehenden Anlage (sofern die vorhandenen Kanalführungen und Querschnitte die geforderte Kadenz überhaupt zu bewältigen vermögen) mit stärkeren Lüftungsmotoren auch in vermehrten Strömungs-, Wind, und Pfeifgeräuschen resultieren würden.

Die Renovation des Daches kann einstweilen noch aufgeschoben und vom Projekt entkoppelt werden, da sich der Zustand der Wärmeisolation besser präsentiert als ursprünglich angenommen.

Reinhard Fürst präsentiert anhand einiger Diagramme den Kostenvergleich zwischen den verschiedenen Heizvarianten Pellet, Öl und Fernwärme. Die Übersichten inkludieren die Honorare, die Anlage-, die Bau-, die Neben- und die laufenden Kosten. Der Stadtrat sprach sich unter anderem für die Fernwärmelösung aus, da sie langfristig die günstigste aller Varianten darstellt. Dies auch nachdem die Grundlagen abteilungsintern nochmals kritisch hinterfragt und nachberechnet wurden. Dass die Darlegungen im stadträtlichen Antrag offenbar ungenügend und nicht explizit genug nachvollziehbar sind, bedauert Stadtrat Fürst. Die Stadt hat es unterlassen, ein Gegengutachten einzuholen und entschied sich dafür, die Grundlagen in Eigenregie erneut kritisch zu durchleuchten.

Insbesondere gibt Stadtrat Fürst zu bedenken, dass die Beheizungsvarianten mit Pellets oder Öl auch höhere Folgeaufwände generieren (Öllieferung, Pellet-Lagerung, usw.). Bei einem Fernwärmeanschluss fallen keine zusätzlichen bzw. laufenden Materialkosten und dergleichen an.

Würde sich die Holzpellet betriebene Heizung tatsächlich als die günstigere Variante erweisen, so hätten sich die umliegenden Liegenschaftsbesitzer nicht dem Fernwärmeverbund angeschlossen. Sie profitieren vom Umstand, dass sie weder Kosten für Kaminfegearbeiten einsetzen noch Rückstellungen für weitere Unterhaltsarbeiten bilden müssen.

Stadtrat Fürst zeigt auf, welche Folgen eine Rückweisung nun nach sich ziehen würde. Eine unausweichliche Konsequenz fände in einem aufwändigen, teuren Gutachten Niederschlag, welches alternativ mitunter die bereits erfolgten Erhebungen erneut detailliert untersucht und die Studien nochmals aufrollt. Dass dieses Gutachten zum selben Schluss käme, wäre dabei aber explizit nicht auszuschliessen. Stadtrat Reinhard Fürst betont dezidiert, dass dieser Fall mit grösstmöglicher Wahrscheinlichkeit eintreten wird.

Reinhard Fürst bittet den Rat um einen Entscheid, der zukunftssträchtige und zeitnahe Lösung bietet und die ganze Sache nicht zeit- und kostenintensiv in die Länge zieht.

Das stadträtliche Votum verlangt im Rat nach Repliken. Die Ratspräsidentin gibt der weiteren Diskussion statt.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, dankt Stadtrat Fürst für dessen Ausführungen, in denen er unter anderem erwähnt hat, als Folge einer möglichen Rückweisung ein weiteres externes Fachgutachten einzuholen. Gemeinderat Käppeli ersucht den Stadtrat, auf die Einholung eines eben solchen zu verzichten. Vielmehr möge der Stadtrat jene drei Varianten prüfen, die im Abschied der Rechnungsprüfungskommission schriftlich als Rückweisungsantrag formuliert sind.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 6. November 2014

Gemeinderat Daniel Hari, EVP, äussert sich weitgehend dahin, dass ihm sowohl Antrag als auch Abschied der Rechnungsprüfungskommission nicht gefallen. Insbesondere die an den Tag gelegte Einstimmigkeit der vorberatenden Kommission stimme ihn nachdenklich. Womöglich sei der stadträtliche Weisungstext nicht besonders gut gelungen und hätte auf Einzelheiten wohl detaillierter eingehen müssen. Dennoch kann Gemeinderat Hari die Lage des Stadtrates gut nachvollziehen. Obschon die mächtige Rechnungsprüfungskommission den stadträtlichen Antrag zur Rückweisung empfiehlt, werde sich Hari an diesem Vorhaben nicht beteiligen.

Gemeinderat Stefan Eichenberger, JLIE/FDP, taxiert die stadträtliche Vorlage als finanzpolitisch ungenügenden Antrag und möchte dem Grossen Gemeinderat im Rahmen einer Übersicht aufzeigen, welch' Zahlensalat dem Parlament bereits präsentiert wurde. Die visuell projizierte Zusammenstellung findet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Quintessenz bildet die Tatsache, dass zu verschiedenen Zeitpunkten zur gleichen Sache unterschiedliche Kosten ausgewiesen wurden. Eichenberger kann einer gewissen Ironie nicht entbehren, und fragt rhetorisch in an die Adresse der Exekutive, ob man sich mit längerem Zuwarten erhoffe, dass die ganze Sache noch etwas günstiger werde.

Stadtrat Fürst habe es verpasst, die offensichtlichen Differenzen zwischen den eingeholten Gutachten, Berichten und den Darlegungen in den stadträtlichen Weisungen zu erläutern bzw. zu ergänzen. Weder die zur Verfügung stehenden Geschäftsunterlagen noch die Antragsschrift als solche vermögen Antworten auf diese Fragen zu liefern. Am Ende des Tages sei man nicht gescheiter als vorher und das abgegebene Votum des Stadtrates komme nicht über den Status von Behauptungen hinaus.

Gemeinderat Eichenberger kann dem Stadtrat nicht blind vertrauen – dafür sei man aber auch nicht Mitglied der Rechnungsprüfungskommission.

Der Stadtrat habe die im Raum stehenden Zweifel nicht beseitigen können und lege weitere unauflösbare Widersprüche an den Tag.

Zudem trage gerade auch die sich laufend ändernde Einschätzung zur Dringlichkeit der Dachsanierung nicht gerade zu einem vertrauensbildenden Verhältnis bei. Aktuell sei eine sanfte Nachdämmung nur dann möglich, wenn in Wahrung heimatschutzrechtlicher Auflagen die Materialisierung erneut mit Biberschwanzziegel erfolge. Der Heimatschutz entwickle sich ohnehin zu einem neuen Lieblingsthema der Stadt. Der Stadtrat möge sich auf Wesentliches konzentrieren und nicht auch noch jedes WC-Häuschen (so geschehen beim Bahnhof Illnau) unter Schutz stellen.

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, in Anknüpfung an die gefallen Voten, erinnert daran, dass die anstehenden Arbeiten keinen weiteren Aufschub dulden. Insbesondere Heizung und Lüftung werden wohl demnächst an ihr Lebensende gelangen und demnach – auch wenn man es sich nicht erhoffe – früher oder später ausfallen, ohne dass man in der weiteren Planung einen Schritt weiter wäre. Dann sind gute Alternativen bzw. Sofortmassnahmen gefragt. Es bestehe keine Wahl zwischen Nichtunternehmen oder weiterem Zuwarten.

Die in der heutigen Debatte erläuterten Säulendiagramme basieren auf den Zahlen der stadträtlichen Antragschrift – und nicht auf irgendwelchen neuen Fakten. Der Stadtrat hütet sich, hier noch weitere neue Zahlen ins Spiel zu bringen.

Stadtrat Fürst ist überzeugt, dass die durch sein Ressort angestellten Berechnungen korrekt sind, auch wenn sie unglücklicherweise im Vergleich zu früheren Darlegungen oder Zwischenstadien nun im Widerspruch stehen.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 6. November 2014

Weiter betont Reinhard Fürst, dass der Stadtrat auf der Einholung eines externen Fachgutachtens insistiere und dieses einholen wird, auch wenn sich der Grosse Gemeinderat damit nicht einverstanden erklären kann. Denn würde die Stadt nochmals ein eigenes Rechnungsmodell erarbeiten, und womöglich nochmals zum selben Schluss gelangen, wonach die jetzt vorgeschlagene Variante nach wie vor die favorabelste ist, wird die Rechnungsprüfungskommission weiterhin Vorbehalte hegen, die Befangenheit des Stadtrates kritisieren und das in Eigenregie erarbeitete Argumentarium hinterfragen. Und bereits heute stehe wohl fest, dass die momentane Empfehlung für die Favorisierung des Fernwärmeanschlusses auch durch ein externes Gutachten bestätigt werden wird. Die Faktenlage sei eindeutig, das könne man drehen und wenden wie man will.

Der Stadtrat geht vertrauensvoll mit Steuergeldern um. Aber die Erkenntnis des Sparens sei bekanntlich keine neue. Der Stadtrat bemühe sich, dieser Pflicht nachzukommen - mit Weitsicht und Langfristigkeit.

Zur Thematik der Bindung zwischen Liegenschaft und Stadt habe man in der Vergangenheit mehrfach diskutiert. Dabei sei man nach intensiven Beurteilungen immer wieder zum gleichen Schluss gelangt, wonach sich Saalbetrieb und Restaurant nur schwer trennen lassen. Der Stadtrat stehe nach wie vor hinter dem gegenwärtigen Konzept. Im Übrigen sei der Grosse Gemeinderat den stadträtlichen Anträgen, die in Verbindung mit Unterhalt, Betrieb und Investitionen der Liegenschaft „Rössli“ stehen, im Rahmen der Festsetzung des Voranschlages, jeweils gefolgt.

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern; dennoch wolle er sich aber noch zur Energieeffizienz äussern und richtet sich dabei insbesondere an seine Kollegen und Kolleginnen der linken Ratshälfte.

Gegen die EKZ wurden jetzt Vorwürfe erhoben, wonach sie nur eine Leistung von 150 kW statt 200 kW zur Verfügung stellen können. Vergessen geht aber, dass 50 kW unnötigerweise in die Luft verpuffen, wenn das entsprechende Angebot nicht genutzt werden kann. Die EKZ können auch nur Produkte entwickeln, für welche eine entsprechende Nachfrage besteht.

Auch die nun hochgepriesene Pelletheizung produziert „schwarze“ Luft. Das dürfe nicht vergessen gegangen werden und sei ebenfalls zu bedenken.

Die Voten haben sich erschöpft. Weiterer Diskussionsbedarf ergibt sich keiner. Die Präsidentin schreitet zur Abstimmung. Da ein Rückweisungsantrag im Raum steht, wird zuerst über diesen abgestimmt.

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- bezugnehmend auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission,
formuliert in deren Abschied vom 20. Oktober 2014 –

BESCHLIESST:

1. Der stadträtliche Antrag vom 10. Juli 2014,
wonach der Grosse Gemeinderat ersucht wird, einen Kredit von Fr. 1'050'000.- (inkl. MwSt.) zulasten der Investitionsrechnung, für die Erneuerung der Heizung (Variante Fernwärme) und Lüftung im Gasthof Rössli, Illnau, zu sprechen,
wird an den Stadtrat zurückgewiesen.
2. Mit der Rückweisung werden folgende Aufträge verbunden:
 - 2.1 Für die energetische Sanierung der städtischen Liegenschaft, Gasthof Rössli, Illnau, bezüglich Heizung und Lüftung sind dem Grossen Gemeinderat drei Varianten gegenüberstellend vorzulegen:
 1. Fernwärmeanschluss plus Lüftungserneuerung
 2. Holzpellettheizung plus Lüftungssanierung
(Annahme: unter anderem bleiben vorhandene Lüftungskanäle bestehen)
 3. Holzpellettheizung plus Lüftungserneuerung
 - 2.2. Bei allen drei Varianten sind
 - a. die Kosten stabil und widerspruchsfrei auszuweisen, und
 - b. die Schnittstellen zu einer allfälligen Dachsanierung aufzuzeigen, insbesondere bezüglich zeitlicher, technischer und finanzieller Abhängigkeiten.
 - a. Bei der Überarbeitung der Vorlage empfiehlt der Grosse Gemeinderat dem Stadtrat, dass er bei der Variante Fernwärmeanschluss zum Vertragsentwurf vom 7. Oktober 2013 Nachverhandlungen mit den EKZ als potenzielle Contracting-Partnerin führt.
3. Gegen diesen Beschluss ist das fakultative Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Rechnungsprüfungskommission
 - b. Stadtrat
 - c. Abteilung Hochbau
 - d. Abteilung Präsidiales, dreifach

Obgenannter Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 25:8 Stimme zu Stände.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 6. November 2014

Mit dem vorgenommenen Rückweisungsbeschluss wird eine Abstimmung über den ursprünglichen stadträtlichen Antrag obsolet. Das Geschäft entfällt im Übrigen einstweilen der Pendenzenliste, bis der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat allenfalls eine neue Vorlage unterbreitet.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 07.11.2014
ms